

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2013  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 15.05.2013  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: 0283/2013
4. Anliegen der Jugendräte
5. Jugendhilfe im Strafverfahren  
Mündlicher Bericht
6. Kinderspielplatz 'Schmittwinkel'  
Vorlage: 0425/2013
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
8. Neubau der Kindertageseinrichtung Hasselbach, Alter Henkhauser Weg 61  
Vorlage: 0217/2013
9. Einrichtung einer Großtagespflege als zweijähriges "Leuchtturm-Projekt"  
Vorlage: 0284/2013
10. Aufstellung der Jugendschöffenliste  
Vorlage: 0415/2013
11. Sicherung der Schulsozialarbeit
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und insbesondere die neuen Vertreterinnen des Jugendrates und wünscht Ihnen viel Erfolg und Freude bei der Arbeit.

Er weist darauf hin, dass Herr Schurgacz Ende Mai in den wohlverdienten Ruhestand geht. Für seine Teilnahme am Jugendhilfeausschuss ändere sich erfreulicherweise aber nichts. Er werde weiterhin daran teilnehmen. Den ursprünglich für ihn vorgesehenen Blumenstrauß erhalte jetzt die Geschäftsführerin Frau Hogrebe für ihre Arbeit.

Auf Wunsch der Verwaltung werde ein weiterer Tagesordnungspunkt aufgenommen. Er bittet die Ausschussmitglieder um ihr Einverständnis, unter Punkt 6 die ausgelegte Vorlage „Kinderspielplatz „Schmittewinkel“ zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber weist auf die ausgelegte Resolution des Rates der Stadt Hagen zur Weiterführung der Sprachförderung hin (**siehe Anlage zu TOP 2**). Das sei bereits in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses thematisiert worden. Der Oberbürgermeister habe die Ministerpräsidentin und die zuständige Ministerin in Sachen Sprachstandserhebung angeschrieben.

Weiterhin teilt er mit, dass am 25. Juni ein Fachtag für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ambulanten Jugendhilfe Hagen zum Thema „Sexueller Missbrauch an Kindern“ stattfinde.

Man werde sich als Jugendamt Hagen auch an der bundesweiten Aktion über die Arbeit der Jugendämter beteiligen, die erneut im Juni stattfinden werde.

Er berichtet außerdem, dass die Beratungsstelle Hilfe in Kürze am Märkischen Ring untergebracht werde. Man werde den Standort in Hilfe aufgeben.

Er weist abschließend darauf hin, dass am morgigen Tag der Rat der Stadt Hagen über personelle Veränderungen im Jugendhilfeausschuss beschließen werde. Frau Hamann werde dann zukünftig neues beratendes Mitglied und Frau Burghardt



stimmberechtigtes Mitglied sein. Für den Jugendamtselternbeirat würden Herr Barndt und Frau Debudaj als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss vertreten sein. Weiterhin werde es demnächst bei der Vertretung der Polizei einen Wechsel geben. Herr Passehl als Jugendschutzbeauftragter der Polizei würde dann statt Herrn Vitte die beratende Funktion im Jugendhilfeausschuss wahrnehmen.

Herr Fischer berichtet von einer Veranstaltung des Jugendrings „Hagen bleibt bunt“. Es sei dabei um Toleranz und Demokratie gegangen. Es sei ein bundesweiter Aktionstag gewesen. Im Nachgang solle es Aktionen geben, da das Förderprogramm auslaufe. Zurzeit gebe es Überlegungen, wie man die Aktionen „an den Mann“ bringe, um weitere Fördermittel zur Verfügung zu haben. Er weist auf die ausgelegten Dokumentationen hin, die man sich bei Interesse anschauen könne.

Weiterhin informiert er in Bezug auf die evangelische Jugend, dass der Investor den Bauantrag für das „Kesselhaus“ gestellt habe. Man rechne in diesem Monat noch mit der offiziellen Bescheinigung von Arnsberg, dass man im Juli des Jahres das Gebäude im Bereich des Elbersgeländes für den Kinder- und Jugendzirkus Quamboni bauen könne. Die Verausgabung der Fördergelder sei nur noch in diesem Jahr möglich. Er würde das Projekt auch gern im Jugendhilfeausschuss bei Gelegenheit ausführlicher vorstellen.

Herr Strüwer hält das für einen sehr guten Vorschlag. Das Projekt sei ein wichtiger Meilenstein im Zentrum der Stadt.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, einen Ortstermin für das Kesselhaus zu vereinbaren.

Herr Strüwer berichtet, dass er zu einer Podiumsdiskussion bei der Kolpingfamilie in Boele eingeladen worden sei. Es sei um das Thema Kinderarmut gegangen. Es sei sehr erfreulich gewesen, dass zum Schluss von der Kolpingfamilie ein Fond vorgestellt worden sei, mit dem benachteiligte Familien unterstützt werden sollten. Es sei eine spezielle Anlaufstelle für die Bewohner und die Familien im Hagener Norden, aber auch für soziale Einrichtungen des Bezirks.

### **3. Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss Vorlage: 0283/2013**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer lobt in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Arbeit der ausgeschiedenen Jugendratsmitglieder.

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.



**Beschluss:**

Die Benennung der neuen Vertreter/Innen der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**4. Anliegen der Jugendräte**

Die neuen Vertreterinnen des Jugendrates Frau Zejewski und Frau Haxhnikaj stellen sich vor.

Frau Haxhnikaj berichtet, dass der Jugendrat am Landestreffen der Jugendräte „Workshop unter Palmen“ teilnehme.

Frau Zajewski teilt mit, dass im Dezember 30 junge Leute zu einem Seminar nach Hattingen führen, bei dem man mit Vertretern der Jugendräte aus der Umgebung tage.

Im November werde man mit einer Delegation der Hagener Jugendräte von 25 Leuten zum Thema „EU-Bürgerrechte“ nach Brüssel fahren.

Herr Strüwer bedankt sich bei den Vertreterinnen des Jugendrates und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

**5. Jugendhilfe im Strafverfahren  
Mündlicher Bericht**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haltner berichtet über die Jugendhilfe im Strafverfahren **(siehe Anlage zu TOP 5)**.

Herr Schurgacz weist darauf hin, dass es nach der vorgestellten Statistik in Hagen keine politisch motivierten Straftaten jugendlicher Straftäter gebe.

Frau Haltner erklärt, dass diese in der Spalte „Gefährdung des demokratischen



Rechtsstaates“ enthalten seien. Der Anteil sei jedoch verschwindend gering.

Herr Fischer erklärt, dass er nicht nachvollziehen könne, dass die Verrohung bei Jugendlichen zunehme. Dass es nicht aufhöre, sei Fakt.  
Gebe es eine Statistik für Hagen, die belege, dass die Verrohung zunehme.

Frau Haltner verneint diese Frage. Das sei mehr ein gefühlter Eindruck, der beim Lesen der Anklageschriften entstanden sei.

Herr Goebels nimmt ergänzend dazu Stellung, dass Berichte der Polizei aufzeigten, dass die sogenannten „Spontanangriffe“ zunähmen. Diese geschähen ohne Vorwarnung. Täter und Opfer würden sich gar nicht kennen.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich herzlich für den informativen Vortrag. Sie spricht die Diversionsverfahren und das Präventionsprojekt „Kurve Kriegen“ an. Auf beide Themen sei Frau Haltner eingegangen. Sie fragt, wann man mit Erfahrungsberichten zum Präventionsprojekt „Kurve kriegen“ rechnen könne. Das würde sie sehr interessieren.

Herr Strüwer erklärt, dass man bereits einen ersten Erfahrungsbericht im vorigen Jahr nach der Sommerpause gehört habe.

Frau Haltner geht davon aus, dass ein weiterer Bericht folgen werde. Der erste Eindruck sei, dass es tatsächlich Sinn mache, die jungen Menschen so früh wie möglich zu erreichen. Zugangsvoraussetzung für das Projekt sei jedoch, dass die Kinder und Jugendlichen angezeigt würden. Das mache man in der Regel nicht so gern. Es habe eine Weile gedauert, das zu verändern.

Herr Strüwer spricht die Zusammenarbeit der Jugendgerichtshilfe mit anderen Institutionen an und fragt nach Kontakten, die über Hagen hinaus bestünden. Könne man einen Vergleich zu anderen Städten anstellen? Klappe die Zusammenarbeit in Hagen besonders gut oder habe überall ein Umdenken stattgefunden, dass man gemeinsam versuche, in diesem Bereich erfolgreich für die jungen Menschen zu arbeiten?

Frau Haltner ist der Meinung, dass es allgemein eine Tendenz zu mehr Netzwerkarbeit gebe. Man setze natürlich unterschiedliche Schwerpunkte.

Herr Goebels stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei in Hagen hervorragend sei. Hagen habe es aufgrund seiner relativ kleinen Größe da sicher leichter als größere Kommunen.

Herr Strüwer bedankt sich für den guten Vortrag und wünscht bei der weiteren Arbeit viel Erfolg.

Abschließend weist Frau Haltner noch auf den mitgebrachten Flyer der Jugendgerichtshilfe hin, der die jungen Menschen ansprechen soll und bei Interesse angeschaut werden kann.



6. **Kinderspielplatz 'Schmittewinkel'**  
**Vorlage: 0425/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Roth erläutert die Tischvorlage (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Cramer merkt an, dass sich die Planung gut anhöre und sie hoffe, dass das Projekt auch zustande käme. Sie erinnere sich allerdings an den Spielplatz, der vor einigen Jahren im Erlhagen gebaut worden sei. Das sei ein Desaster gewesen. Neben anderen Schwierigkeiten habe es zahlreiche Klagen von Anwohnern gegeben. Sie wüsste gern, ob die Käufer der Grundstücke dahingehend gefragt worden seien, ob sie mit dem Bau eines Kinderspielplatzes einverstanden seien.

Frau Roth antwortet, dass der Verkauf der Grundstücke zurzeit laufe. Die Käufer der Grundstücke, die an den Spielplatz angrenzten, wüssten natürlich davon. Man habe ja auch noch ein bisschen Zeit und werde sich sicher vor der Realisierung überlegen, mit den Betroffenen zu diskutieren. Vor 2014 beginne man nicht mit der Realisation.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass das ein neues Baugebiet sei. In dem Bebauungsplan sei dieser Kinderspielplatz vorgesehen. Das sei im Erschließungsvertrag geregelt. Er weist darauf hin, dass auch Jugendliche nach der Spielplatzsatzung das Recht hätten, sich auf diesen Plätzen aufzuhalten. Sie seien dort ausdrücklich erwünscht.

Er merkt an, dass man im Moment ein wenig widersinnig handle.

Man baue neue Spielplätze in bester Wohnlage, weil man diese in Erschließungsverträgen seinerzeit in bester Absicht vereinbart habe. Dort, wo man allerdings die dichteste Bebauung und die größte Armut habe, müssten Spielplätze zurückgefahren werden oder könnten nicht mehr instand gehalten werden. Da werde man zukünftig umsteuern. In zukünftigen Erschließungsverträgen werde geprüft, ob man das noch mit einer Verpflichtung für die Stadt abschließe oder nicht.

Herr Reinke freut sich über das Projekt. Ihm sei nicht ganz klar, wo die Lage des Platzes in diesem Baugebiet sei.

Frau Roth beschreibt die Lage des Spielplatzes.

Herr Reinke fragt nach dem Kletterbaum aus Sichtbeton. Wie habe er sich den vorzustellen? Es wäre hilfreich, eine Abbildung davon zu sehen.

Frau Roth beschreibt das Aussehen des Gerätes und verspricht, Abbildungen zu liefern, die dem Protokoll beigefügt werden können (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Herr Strüwer stellt fest, dass hier die Investition eindeutig geklärt sei. Wie sei das mit den Unterhaltskosten? Sei es richtig, dass diese von der Stadt Hagen getragen würden? Es gebe an anderer Stelle auch die Regel, dass derjenige, der verpflichtet worden sei, einen Kinderspielplatz zu errichten, auch gleichzeitig verpflichtet worden



sei, diesen zu unterhalten.

Frau Roth entgegnet, dass es eine solche Regelung nicht gebe. Die erste Annahme sei richtig. Seit 1987 sei es nicht mehr möglich, Kinderspielplätze über Erschließungsbeiträge zu finanzieren. Daher gebe es nicht mehr die Chance, das in irgendeiner Form von einem Dritten finanzieren zu lassen. In diesem Fall sei es so, dass mit der Hagerer Erschließungsgesellschaft vereinbart worden sei, dass sie das im Rahmen der Bauvereinbarung übernehme. Die jährlichen Unterhaltungskosten würden der Stadt Hagen in Rechnung gestellt. Die Stadt Hagen gebe allerdings nur eine Pauschalsumme, mit der man auskommen müsse.

Auf die Frage von Frau Biedermann nach dem Bodenbelag antwortet Frau Roth, dass auf dem Platz unterschiedliche Bodenbeläge vorgesehen seien.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Dem spiel- und erlebnispädagogischen Konzept zum Ausbau des Kinderspielplatzes ‚Schmittwinkel‘ wird zugestimmt.

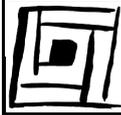
### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

Frau Roth möchte den Ausschuss noch über eine andere Angelegenheit informieren. Sie berichtet, dass das Stadtteilforum Eppenhäusen e.V. schon vor längerer Zeit an die Verwaltung herangetreten sei mit dem Anliegen, sich für den Erhalt des Kinderspielplatzes Weizenkamp an der Grundschule Boloh einzusetzen. Dieses Forum sei



sehr aktiv und habe auch Spenden gesammelt. Sie wolle die Gelegenheit nutzen und über diese Entwicklung berichten. Man habe seitens der Verwaltung überlegt, was möglich sei. Es sei so, dass aus dem Haushaltssicherungskonzept 2011 die Bezirksvertretung Mitte die Entscheidung über den Erhalt oder die Aufgabe der Kinderspielplätze Haferkamp und Weizenkamp mit Aussicht auf den Schulentwicklungsplan zurückgestellt habe, der seinerzeit noch nicht vorgelegen habe. Dieser sollte darüber entscheiden, ob der Schulstandort Grundschule Boloh erhalten bleiben solle. Diese Entscheidung sei im letzten Jahr gefallen und so werde die Bezirksvertretung Mitte in der nächsten Sitzung am 26. Juni die Entscheidung über den Erhalt bzw. den Rückbau der Kinderspielplätze nachvollziehen. Die Entscheidung darüber sei seitens der Verwaltung dahingehend vorbereitet worden, dass der Kinderspielplatz Haferkamp aufgegeben und zurückgebaut werden, aber als Grünfläche auf jeden Fall erhalten bleiben solle. Der Kinderspielplatz Weizenkamp solle als Kinderspielplatz erhalten bleiben. Auf dem Schulgelände solle ein Mehrgenerationenspielplatz mit Hilfe und Unterstützung des Stadtteilforums entwickelt werden.

Herr Strüwer dankt für die vorab gemachte Information und wünscht viel Erfolg bei der Realisierung der Projekte.

## 7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Frau Versteeg-Schulte freut sich, mitteilen zu können, dass derzeit alle Kinder versorgt seien. Das Kindergartenjahr beginne natürlich erst am 01. August des Jahres, so dass bis dahin theoretisch noch andere Entwicklungen möglich seien. Man habe aber auch in einzelnen Stadtgebieten noch ein paar Reserven.

Sie berichtet vom Stand der Umsetzung der Baumaßnahmen.

Aufgrund des Hinweises von Herrn Strüwer auf mögliche hausinterne Probleme macht Herr Dr. Schmidt deutlich, dass die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Ämtern angekommen sei. In der Einrichtung „Eschenweg“ gebe es allerdings gesundheitliche Bedenken und in der Einrichtung in Altenhagen sei Denkmalwürdigkeit festgestellt worden. Das seien zeitliche Hemmnisse, auf die man keinen Einfluss habe.

Frau Versteeg-Schulte setzt ihren Bericht fort.

Herr Strüwer erklärt, er habe gehört, dass es Planungen geben, am Hüttenplatz eine Kindertageseinrichtung zu errichten. Gebe es dazu nähere Informationen?

Frau Versteeg-Schulte führt dazu aus, dass ein Angebot im Raum stünde. Dazu gebe es die Einleitung eines Bauplanverfahrens. Dort seien die Fachkollegen vor Ort tätig und hätten eine entsprechende Vorlage für die Bezirksvertretungen vorbereitet.

Herr Strüwer fragt, ob es dazu bereits Überlegungen zur Trägerschaft gebe.



Frau Versteeg-Schulte verneint diese Frage. Man befinde sich noch in Vorüberlegungen. Aus vielerlei Gründen würde sich eine städtische Trägerschaft anbieten.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man auf Investorenmodelle angewiesen sei, da der Ausbaubedarf sehr groß sei. Das sei ein guter Weg, um die Bedarfe decken zu können. Auf der anderen Seite sei es in den vergangenen Monaten so gewesen, dass Investoren an die Stadt herangetreten seien und bereits verbindlich den Betreiber mitgeliefert hätten. Das führe natürlich dazu, dass sich in erster Linie diejenigen, die keine Eigenanteile einzubringen hätten, anböten. Gleichzeitig seien die Investoren auf der sicheren Seite, da Land und Stadt die Rechnungen bezahlten. Er würde unter dem Gesichtspunkt, wie vielfältig sich die Kindergartenlandschaft in Hagen in den nächsten Jahren entwickelt, darum bitten, auch einmal ein anderes Verfahren im Jugendhilfeausschuss anzusprechen. Dann könnten auch anderen Betreibern möglicherweise eine Chance gegeben werden. Gebe es in dem Bereich Vorüberlegungen bei der Stadt?

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass man sich generell und auch im Bezug auf TOP 7 eigentlich immer einvernehmlich auf Trägerschaften geeinigt habe. Er teile die Auffassung von Herrn Strüwer, dass man zukünftig vielleicht in Bezug auf die Verfahrensweise demokratischer verfare. Man könne beispielsweise ausschreiben und dabei bestimmte Zahlungsströme, die ein Träger zu erbringen habe, festlegen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeige allerdings, dass das überhaupt keine Garantie dafür sei, dass der Träger X nicht in ein paar Jahren den Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne und drohe, die Einrichtung zu schließen, wenn die Stadt nicht helfe. Außerdem könne sich bei einer Ausschreibung die Stadt selbst nicht bewerben. Also müsste vorher geklärt werden, ob die Stadt einen bestimmten Standort übernehme. Wenn nicht, könne ausgeschlossen werden. In Hagen gebe es einen gesunden Mix von Betreibern. Man sei auch qualitativ gut aufgestellt. Er verstehe die Anregung von Herrn Strüwer dahingehend, dass man ein Verfahren dahingehende entwickele, dass für alle gleiche Chancen bestünden. Es könne sein, dass man das in einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft frühzeitig diskutiere und dort ggf. Bewerbungen bündele. Ein formaler Schritt könne auch eine formale Ausschreibung sein.

Frau Versteeg-Schulte ergänzt, dass die Fragestellung klar sei und dazu morgen die dafür zuständige Arbeitsgemeinschaft tagen werde.

Herr Strüwer macht noch einmal deutlich, dass es ihm darum gehe, solche Entwicklungen transparenter zu gestalten. Er fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Verwaltung dem Ausschuss dazu zeitnah etwas vorstellen werde, damit man sich damit inhaltlich befassen könne.

Herr Steuber erklärt, dass man in diesem und im nächsten Jahr noch einige dieser Projekte habe, bei denen sich diese Frage stelle. Dem Ausschuss werde dazu eine Beschlussvorlage unterbreitet werden.

Herr Reinke bittet abschließend um eine Übersicht über die Einrichtungen mit den entsprechenden Gruppenverteilungen, die dem Protokoll beigelegt wird (**siehe Anlage zu TOP 7**).



**8. Neubau der Kindertageseinrichtung Hasselbach, Alter Henkhauser Weg 61  
Vorlage: 0217/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Zur Ergänzung des Angebotes im Stadtbezirk Hohenlimburg wird dem Neubau einer Kindertageseinrichtung am Standort Hasselbach zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Übernahme des og. Trägeranteils mit der Bezirksregierung abzustimmen.
3. Die Betriebsaufnahme der Kindertageseinrichtung soll zum 1.08.2014 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0



9. **Einrichtung einer Großtagespflege als zweijähriges "Leuchtturm-Projekt"**  
**Vorlage: 0284/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber erklärt, dass die Verwaltung vorschläge, die Vorlage zurückzuziehen und nicht beraten zu lassen.

Hintergrund sei, dass es sich hier um ein Projekt handle, das man gern mit einem freien Träger in Hagen verwirklichen wollte. Es handle sich dabei um eine Großpflegestation mit hauptamtlich tätigen Tagespflegepersonen.

Er erläutert die Entwicklung und die Hintergründe des geplanten Projektes, die nun dazu geführt hätten, dass man mit der Geschäftsführung des Caritasverbandes einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es derzeit keinen Sinn mache, dieses Projekt zu realisieren. Man habe sich darauf verständigt, dass man gemeinsam ein geändertes Projekt konzipieren wolle. Überlegung sei, dass man eventuell mit selbständigen Tagesmüttern ein solches Projekt realisieren könne. Man werde dann dem Ausschuss einen neuen geänderten Vorschlag unterbreiten.

Er ergänzt, dass die Unterbringung eines Kindes in der Kindertagesstätte unterm Strich billiger sei als dieses Projekt und von den Eltern intensiver nachgefragt würde als Tagespflege.

Frau Helling-Plahr ist der Meinung, dass es sehr vernünftig sei, dass die Verwaltung zu dieser Entscheidung gekommen sei. Sie fragt, ob die Unterbringung in einer Kindertagesstätte auch günstiger sei, wenn man die Förderung einrechne.

Herr Reinke äußert sein Bedauern, dass das Projekt nicht realisiert würde. Er appelliert an die Verwaltung, bei zukünftigen Überlegungen Verbesserungen für die Tagesmütter zu erreichen und die ursprüngliche Zielsetzung beizubehalten.

Herr Steuber antwortet auf die Frage von Frau Helling dahingehend, dass nach der Kalkulation unter Einschluss der 19,96 % zusätzlicher Pauschale, die das Land zahlen müsse, der Betrieb einer Kindertageseinrichtung kostengünstiger sei als diese Großpflegestation.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass das Projekt ja noch bis Ende des nächsten Jahres erhalten bliebe. Es sei für die Verwaltung ein klarer Auftrag, der weiter bestehe.

Herr Strüwer betont, dass in diesem Zusammenhang wichtig sei, dass man aus einem Modellversuch auch eine Übertragung auf das gesamte Stadtgebiet vornehmen könne. Das wäre bei diesem Projekt sehr schwierig gewesen. Vorrangig müsste einerseits die Verlässlichkeit für die Tagesmütter, andererseits aber auch die Verlässlichkeit für die Eltern und Kinder sein. Klar sei, dass das mehr Geld koste, aber es bedeute auch mehr Qualität.

Auf die Frage von Herr Strüwer nach dem Zeitpunkt der Vorlage der neuen Vorlage erklärt Frau Versteeg-Schulte, dass man vorhabe, diese nach der Sommerpause zu präsentieren.



**10. Aufstellung der Jugendschöffenliste**  
**Vorlage: 0415/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es eine Nachmeldung zur Jugendschöffenliste gebe, die als Tischvorlage ausgelegt sei.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vom Fachbereich Jugend & Soziales aufgestellten Vorschlagsliste für die Benennung von Jugendhaupt- und Jugendhilfsschöffen **unter Berücksichtigung der Nachmeldung (siehe Anlage)** zu.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**11. Sicherung der Schulsozialarbeit**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Klos-Eckermann erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Sicherung der Schulsozialarbeit.

Herr Goldbach teilt mit, dass der Bundesrat am 03. Mai den Antrag zur Änderung des § 24 SGB II einiger Bundesländer beschlossen habe. Dieser beinhaltet, dass die Finanzierung aus Bundesmitteln der Schulsozialarbeit weitergeführt werde. Das müsse



nun dem Bundestag wegen der Eilbedürftigkeit innerhalb von drei Wochen vorgelegt werden. Das Ergebnis müsse abgewartet werden.

Bezüglich der Fragestellungen der Anfrage erklärt er, dass man pro Jahr ca. 1,28 Millionen Euro bekommen habe. Das gelte für die Jahre 2011, 2012 und 2013. Man habe von der finanziellen Förderung Kenntnis bekommen im April/Mai des Jahres 2011. Man habe seinerzeit vor der Sommerpause den Auftrag bekommen, tätig zu werden. Nach allen Vorarbeiten sei der Beginn dann der 01.01.2012 gewesen. Die Mittel, die theoretisch im Jahr 2011 zur Verfügung gestanden hätten, hätten nicht in Anspruch genommen werden können. Für die Jahre 2012 und 2013 würden die Mittel zu 100 % verausgabt. Es gebe bei anderen Kommunen durchaus das Verfahren, Gelder, die in 2011 nicht verausgabt worden seien, wieder zu verausgaben. In Hagen habe man keine Mittel, da das Haushaltsjahr 2011 abgeschlossen sei und Rückstellungen nicht gebildet worden seien. Man habe einen kleinen Akzent gesetzt in dem Gesamtkonzept „Frühe Hilfen“. Dort seien 120.000 Euro für Maßnahmen der Schulsozialarbeit an Schwerpunktschulen vorhanden. Das stelle einen Teil des Gesamtkonzeptes „Frühe Hilfen und Präventive Angebote“ dar.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass diese Antwort nicht zufriedenstellend sei. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeite, wie man mit diesem Geld, das man ja bekommen habe, längerfristig und nachhaltig Projekte aus den „Frühen Hilfen“ unterstütze.

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Fördermittel der Bundesregierung zeitlich befristet gewesen seien bis zum Jahr 2013. Herr Goldbach habe in seinem Vortrag deutlich gemacht, dass eine Verausgabung der Mittel in 2011 so gut wie gar nicht möglich gewesen sei. Man habe damals eine Vorlage zur Beratung vorliegen gehabt, in der von einer Summe von rund 2 Millionen Euro die Rede gewesen, die an Kosten entstünden und dass diese bis 2013 gedeckt seien. Das sei seinerzeit die Beschlusslage gewesen. Jetzt in irgendeiner Weise eine wünschenswerte, aber dennoch freiwillige Leistung zu beschließen, halte er für unmöglich. Freiwillige Leistungen könnten nur in Absprache mit dem Regierungspräsidenten erfolgen. Dabei müsse gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, dass der Betrag an anderer Stelle eingespart würde. Er selbst sei auch sehr unzufrieden mit der Situation. Sinn und Wert der Schulsozialarbeit seien unbestritten. Er persönlich setze mehr darauf, dass man dort auf politischem Weg zu einer entsprechenden Besserstellung komme, die auch eine Kontinuität habe. Es gehe um mehr als 21 Arbeitsverträge, die im Raum stünden. Wie sei die Situation der Mitarbeiter? Sei dort eine Verlängerung der Arbeitsverträge überhaupt möglich?

Herr Steuber weist bezüglich der „Frühen Hilfen“ darauf hin, dass der Rat beschlossen habe, in diesem Jahr mit einem Betrag von 800.000 Euro zu starten. Dort gelte aber auch die Haushaltsproblematik, dass dieser Betrag erst zu 60 % freigegeben sei. Für die Folgejahre sei noch nichts entschieden. Man habe für 2014/2015 keinen Haushaltsbeschluss. Der Hinweis sei gut und würde ggf. auch bei der Bezirksregierung helfen, wenn man die Mittel, die man in 2011 bekommen habe, quasi als Finanzierungsmittel für diese „Frühen Hilfen“ verwenden könnte. In der nächsten Woche werde man darüber diskutieren.

Im Hinblick auf personalwirtschaftliche Fragen teilt er mit, dass eine Verlängerung der Verträge hohe arbeitsrechtliche Risiken beinhalte.



Herr Goldbach stellt die Frage in den Raum, was man vernünftigerweise tun könne. Er fände den Vorschlag durchaus bedenkenswert, eine Verknüpfung mit den „Frühen Hilfen“ vorzunehmen.

Er bietet an, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten. Das sei vor der Sommerpause allerdings nicht machbar. Vielleicht könne man ein solches Konzept dann nach der Sommerpause vorstellen.

Herr Fischer fragt im Hinblick auf die anderen BuT-Mittel, ob diese vollkommen ausgeschöpft seien. Sei eine Übertragung nicht verausgabter Mittel auf die Schulsozialarbeit überhaupt möglich?

Herr Strüwer führt aus, dass man im Jahr 2012 außerhalb der Schulsozialarbeit eine Ausgabe von 1,3 Millionen gehabt habe. Die Abrufquote in den Kommunen liege zwischen 68 und 80 %.

Herr Steuber wirft ein, dass ihm Zahlen vorlägen, nach denen die Abrufquote zwischen 40 und 120 % liege.

Herr Strüwer merkt an, dass sich für Hagen dann tatsächlich die Frage stelle, ob da aktuell eine Verknüpfung möglich sei. Das könne in dem Konzept doch möglicherweise als eine Alternative mit aufgenommen werden.

Herr Steuber erklärt, dass man das prüfen könne. Er sei jedoch nicht sehr zuversichtlich, weil die Prozentsätze nicht variabel seien.

Er befürchte außerdem, dass auf die Stadt noch ein beträchtlicher Rückforderungsbetrag zukomme. Man rechne damit, dass vom Bund für das Jahr 2011 ein zuviel refinanzierter Betrag in Höhe von 1,8 Millionen zurückgefordert werde. Das sei bis heute nicht geklärt.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf den Vorschlag der Verwaltung und fragt Frau Klos-Eckermann, ob sie damit einverstanden sei.

Frau Klos-Eckermann bejaht diese Frage.

Herr Strüwer schließt den Tagesordnungspunkt ab.

## 12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin